



CDU-Sommertheater.

KARIKATUR: HUBBE

LEITARTIKEL

Ein Missbrauch der Wehrpflicht



VON TORSTEN KLEDITZSCH

- Die CDU hat die Debatte über Wehr- und Dienstpflicht neu belebt
- Trotz rechtlicher Einwände findet die Idee der Dienstpflicht Unterstützung
- Die Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnt die Bundesregierung ab

Wenn es keine äußere Bedrohung der Sicherheit gibt, ist die Verstaatlichung eines Jahres Lebenszeit nicht zu rechtfertigen. Ein guter Satz des FDP-Chefs. Eigentlich hat Christian Lindner damit alles zur aktuellen Debatte über Wehr- und allgemeine Dienstpflicht gesagt, was unbedingt gesagt werden muss.

Die Wehrpflicht ist das eine, eine allgemeine Dienstpflicht etwas ganz anderes. Vermischt wird das Thema nur, weil man eigentlich mehr Personal im Sozialbereich braucht, dafür die Menschen aber nicht einfach verpflichten kann. Ein solcher Dienst ist nämlich keine Marginalie, sondern ein gewaltiger Einschnitt in die Freiheit des Einzelnen. Und die hält das Grundgesetz bekanntlich hoch. Allein die Landesverteidigung erlaubt es, unbescholtenen Menschen die Freiheit zu nehmen, im Rahmen der Gesetzgebung das zu tun, was sie wollen. Weil das so ist, wird immer wieder die Wehrpflicht bemüht, obwohl man eigentlich nur auf diejenigen aus ist, die aus Not oder Überzeugung lieber im zivilen Leben ihren Dienst ableisten.

Wenn sich in der Mitte Europas die Sicherheitslage so verschlechtert, dass man in Deutschland ernsthaft wieder über eine Verteidigung des eigenen Territoriums nachdenken muss, dann ist es Zeit für eine Wehrpflichtdebatte. Dann sollte und muss man wahrscheinlich dazu zurückkehren. Derzeit darf man hoffen, dass es dazu nicht kommt. Alle anderen Gründe taugen nicht. Wer Personal in der Pflege, Kinderbetreuung und sonst irgendwo vermisst, der muss auf anderem Wege dafür sorgen, dass es dort auftaucht. Das ist leichter geschrieben als getan, aber dennoch nicht unmöglich. Vier Vorschläge:

1. Mehr Geld. Eine bessere Bezahlung von all jenen, die sich in einer alternden Gesellschaft um die kümmern, die allein nicht mehr oder noch nicht zurechtkommen, würde die Berufe attraktiver machen, ihnen zusätzlich Anerkennung verleihen.

Der Staat könnte das über Steuereinnahmen oder Sozialbeiträge finanzieren. Was bleibt, ist das Problem, dass es generell zu wenige Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland gibt. Macht man die einen Jobs attraktiver, ziehen andere Branchen nach oder es reißt dort ein neues Loch auf.

2. Gezielte Zuwanderung. Die hat weniger mit Flüchtlings zu tun, mehr mit Rosinenpickerei. Auch hier hätte der Staat alle Möglichkei-

Traut der Jugend etwas zu, anstatt sie zum Dienst zu verpflichten.

ten dazu. Viele westliche Länder machen es vor. Notwendig: ein Zuwanderungsgesetz. Der Nachteil: Es geht zu Lasten der Staaten, die diese Menschen ausgebildet haben. Prinzip: Den Letzten beißen die Hunde.

3. Längere Lebensarbeitszeit – heißt spätere Rente. Unbeliebt, aber nicht unmöglich.

4. Das freiwillige Engagement stärken. Oft ist mehr gewonnen, wenn ausreichend viele eine gewisse Pflicht gepaart mit ehrlichem Interesse spüren, als wenn man alle verdonnert. Deshalb sollte die Debatte über Wehr- oder allgemeine Dienstpflicht schnell die Kurve dahin kriegen, was Staat, Arbeitgeber und wir alle dazu beitragen können, dass ein Jahr Freiwilligendienst in jeglicher Hinsicht stärker honoriert wird als heute. Nicht nur, aber besonders für junge Leute. Den Christdemokraten sei empfohlen: Traut der Jugend etwas zu, anstatt sie zum Dienst zu verpflichten.

torsten.kleditzsch@freiepresse.de

DAS THEMA: DEBATTE UM ARBEITSDIENST UND WEHRPFLICHT

„Kuddelmuddel“ der Interessen

In der Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht fordern CDU-Abgeordnete, die Wehrpflicht zu reaktivieren. Das provozierte auch Protest. „Freie Presse“ beantwortet die wichtigsten Fragen.



In einem Seniorenheim in Brandenburg betreut ein junger Mann im Rahmen seines Bundesfreiwilligendienstes einen älteren Herrn. CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer stieß eine Debatte dazu an, ob an Stelle der Freiwilligkeit nicht eine allgemeine Dienstpflicht treten sollte. FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

Ist eine allgemeine Dienstpflicht mit dem Grundgesetz vereinbar?

Der Grundgesetz-Artikel 12 hält fest: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ Als herkömmlich gilt, was eine lange Tradition hat, insbesondere bereits vor 1933 existierte. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages kommt deshalb in einer Ausarbeitung aus dem Jahr 2016 zu dem Schluss, dass eine allgemeine Dienstpflicht nur über eine Grundgesetzänderung möglich wäre. Dafür wäre im Bundestag eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. Anders im Verteidigungsfall. Laut Grundgesetz-Artikel 12 a ist dann neben militärischem Dienst auch ein solcher im Lazarett oder im sonstigen Sanitäts- und Heilwesen möglich.

Ist es sinnvoll, im Zuge einer Debatte über fehlende Betreuungskräfte, die Wiederbelebung der Wehrpflicht zu erwägen?

Die Idee, dass alle dem Gemeinwesen etwas beisteuern sollen, klinge erst mal gut, findet der Vizechef des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg, Wolfgang Zellner. Dennoch vermutet er hinter dem Vorschlag eher „Orientierungslosigkeit“. Wichtiger als die Frage nach verfassungsmäßiger Umsetzbarkeit

scheint ihm da die nach dem Kern: „Was will man eigentlich? Brauchen wir mehr Pflegekräfte oder eine Wehrpflicht?“ Die Verquickung beider Forderungen sorgt für „Kuddelmuddel“. Wenn wir sagten, „wir brauchen wieder eine Wehrpflicht, signalisieren wir ja außenpolitisch, dass sich die Situation sehr verschlechtert hat. Wollen wir das wirklich?“, fragt Zellner. „Mir sieht es derzeit wie eine Scheindebatte aus, die von anderen Interessen getrieben ist.“

Gäbe es überhaupt sinnvolle Aufgaben für Wehrpflichtige innerhalb der jetzigen Bundeswehr?

„Natürlich gäbe es auch in der heutigen Bundeswehr noch Aufgaben, die Wehrpflichtige erfüllen könnten: Lastwagen fahren, Infanterietätigkeiten. Das sind sicherlich Bereiche, aber tendenziell werden es immer weniger“, glaubt der Sicherheitsexperte. Und unendlich viele Wehrpflichtige könne die Bundeswehr wie sie jetzt existiert, eben auch nicht aufnehmen. „Die meisten qualifizierten Tätigkeiten kommen für Wehrpflichtige nicht infrage, der ganze IT-Bereich. Cyber-War können Sie nicht mit Wehrpflichtigen machen“, sagt Zellner. Grundsätzlich beantwortet der Sicherheits-Experte die Frage, ob Streitkräfte, die immer höher technisiert sind, noch Wehrpflichtige brauchen können, mit: „tendenziell nein“.

Könnte eine Wehrpflicht das Konzept territorialer Verteidigung wiederbeleben und wie sinnvoll wäre das?

Territoriale Verteidigung, also das Gebiet der Bundesrepublik vor einem Einmarsch zu schützen, „daran denkt heute niemand mehr“, urteilt Zellner. „Man würde sich da ja vorstellen, dass eine solche Gefahr am ehesten von Russland ausgeht. Aber die russische Armee müsste erst mal durch die Ukraine, durch Polen oder die baltischen Staaten, ehe sie zu uns käme. Über einen Einmarsch diskutieren selbst vorrückteste Theoretiker nicht“, urteilt Zellner, der am IFSH den Bereich zur Erforschung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) leitet.

Welche Aufgaben hat die Bundeswehr aktuell, wenn sie nicht mehr nur die Verteidigung des eigenen Landes im Blick hat?

„Wo wir engagiert sind, ist die Bündnisverteidigung. Aktuell bestehen die Aufgaben der Bundeswehr aus einem Mix aus Intervention, wie es im Kosovo, in Afghanistan oder in Mali der Fall war, und unserem Beitrag zur Bündnisverteidigung“, sagt Zellner. Da gehe es um Einheiten in Brigadegröße, also 3500 bis 5000 Mann stark. „Mit solchen Aufgaben kann man den Ruf nach einer allgemeinen Wehrpflicht nicht begründen.“

Könnte eine Wiederbelebung der Wehrpflicht positive Auswirkungen haben, wie die Reaktivierung des Prinzips „Staatsbürger in Uniform“, das ja auch Verantwortungsbewusstsein bei Politikern vor der Entscheidung über Einsätze wecken sollte?

„Das Verantwortungsbewusstsein bei Politikern kann man nicht überprüfen“, findet Zellner. Zwar sei die Truppenstärke geringer als beim Bürger-in-Uniform-Prinzip, wo man von rund einer halben Million Soldaten ausging. „Jetzt dienen zwischen 200.000 und 250.000. Aber diese Berufssoldaten sind in den Augen der Politiker doch hoffentlich genauso Bürgerinnen und Bürger, um deren Wohl sie sich sorgen und für das sie Sorge tragen müssen. Ich glaube nicht, dass sich da viel ändern würde.“

Muss die Bundeswehr derzeit erüchtigt werden und wenn wie?

„Wo es bei der Bundeswehr wirklich im Argen liegt, ist weniger beim Personal als beim Material“, betont Wolfgang Zellner. „Wenn von sechs U-Booten sechs an der Kette liegen, macht das die Situation klar.“ Die schlechte Ausrüstung, nicht die Truppenstärke, sei das Problem, das auch unter Offizieren an seinem Institut diskutiert werde – über alle Bereiche hinweg. „Was schwimmt, was fliegt, was fährt“, fasst der Sicherheitsexperte zusammen. Leitartikel

Sachsen hält Dienstpflicht für durchaus nützlich

Ministerpräsident regt Volksbefragung an – Grüne wollen Bonus für freiwilliges Jahr – AfD setzt auf Wehrpflicht

BERLIN – Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich wohlwollend über eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen geäußert, wie sie in der Union als Ersatz für die ausgesetzte reine Wehrpflicht diskutiert wird. „Eine Dienstpflicht kann dazu beitragen, sowohl die Herausforderungen im Sozialen als auch bei der Verteidigung unseres Landes besser zu bewältigen“, sagte er der „Bild“. Er könne sich eine Volksbefragung darüber vorstellen. Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff sagte, ein solcher Dienst diene der Persönlichkeitsentwicklung. Die Wiedereinführung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht steht aber für die Bundesregierung nicht zur Diskussion. Das stellte Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer gestern klar. CDU-Vize und Agrarministerin Julia Klöckner sagte: „Die aktuelle

Diskussion zur allgemeinen Dienstpflicht kommt zur richtigen Zeit.“ Jetzt müsse eine breite politische und gesellschaftliche Debatte geführt werden. Auch in der FDP gibt es Befürworter. Im Gegensatz zum Parteichef Christian Lindner, der eine Dienstpflicht strikt ablehnt, sagte Bremens FDP-Fraktionschefin Lencke Steiner: „Ich bin persönlich für ein verpflichtendes Jahr, egal ob Wehrpflicht oder soziales Jahr. Es ist wichtig, früh Verantwortung zu übernehmen und zu lernen für andere einzustehen.“ Die Diskussion war aufgekommen, nachdem die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer aus Gesprächsrunden mit der Parteibasis das Bedauern über das Ende der Wehrpflicht und den Wunsch nach einer ersatzweisen Dienstpflicht mitgebracht hatte. Sie will nun die Frage eines Dienstes, der gleichermaßen

für Männer und Frauen offen steht und bei der Bundeswehr oder etwa Sozialeinrichtungen geleistet werden kann, in die Diskussion für das neue CDU-Grundsatzprogramm einbringen. Dabei wäre auch zu er-

Michael Kretschmer
CDU-Ministerpräsident in Sachsen



FOTO: SEBASTIAN KAHNER/DPA

örtern, ob es einer Pflicht zum Dienst bedarf oder stärkerer Anreize für freiwillige Dienste.

Die Grünen forderten gestern eine stärkere Anerkennung und Geld für freiwillige Dienste. „Wer sich in hohem Maße neben der Schule ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagiert oder nach dem Schulab-

schluss ein Lebensjahr in den sozialen, ökologischen oder europäischen Freiwilligendienst steckt, der soll eine Starthilfe von mindestens 1500 Euro für den weiteren Weg ins Leben erhalten“, sagte die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock. „Die Dienstpflicht kann weder die Personalprobleme der Bundeswehr lösen noch den Personalnotstand in der Pflege“, sagte Baerbock.

Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der einst die Abschaffung der Wehrpflicht initiierte, hält eine Grundgesetzänderung für nötig und warnt vor „exorbitanten Kosten“, die Kürzungen anderswo zur Folge hätten.

Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht findet nur die AfD sinnvoll. Ihr Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland sagte: „Die Bundeswehr würde auf einen Schlag ihr Rekrutierungsproblem lösen.“ (dpa)

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteure: Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung: Gesamt: Tobias Schniggenfittig
(verantwortlich für den Anzeigenteil)
National: Alexander Arnold
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 31,10 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 39,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.